

USA passen ihre Strategie in Zentralasien an

In der gegenwärtigen Situation, nach dem Abzug des US-Militärkontingents aus Afghanistan und der Machtübernahme der Taliban (die Bewegung ist in Russland verboten) in diesem Land, nimmt Washington Anpassungen seiner Strategie in Zentralasien vor. Wie aus dem veränderten Vorgehen des Weißen Hauses hervorgeht, ist Washington einerseits nicht bereit, sich mit dem Verlust seines Einflusses in der Region abzufinden. Andererseits versucht es, Zentralasien in eine geopolitische Konfrontation mit Russland, China, dem Iran und mehreren Ländern, die mit ihnen solidarisch sind, zu verwandeln. Gleichzeitig streben die USA danach, ihr Monopol auf die Steuerung umfangreicher grenzüberschreitender Prozesse zu bewahren, um die Weltpolitik zu dominieren.

Washingtons aktualisierte Strategie für Zentralasien umfasst heute die Bekämpfung der Aktivitäten Chinas und des Einflusses Russlands in der Region, die Sicherstellung der regionalen Isolierung des Irans, um die Situation in Afghanistan aus der Ferne zu kontrollieren, die Schaffung oder Aufrechterhaltung eines Spannungsherdens im Zentrum Eurasiens und im SCO-Raum (Shanghai Cooperation Organisation). Das Hauptziel dieser Aktionen ist es, die Destabilisierung von Afghanistan aus zu exportieren, wofür es enorme Möglichkeiten gibt: Drogenhandel, das Wachstum von religiösem Extremismus und Terrorismus, usw.

Im Rahmen der langfristigen Arbeit der USA in Richtung Asien besteht der Wunsch, eine Achse Washington-London-Tel Aviv-Doha (Katar!)-Islamabad zu schaffen, um die Hauptstädte der einzelnen zentralasiatischen Länder zu annektieren. Im Großen und Ganzen spiegelt dies das bekannte Konzept von Großzentralasien wider, das von Professor Frederick Starr geäußert wurde.

Um aggressive Aktionen zu verstärken, wird im Westen der NATO-Block aktiviert. Im Osten ist die Quad (Quadrilateraler Sicherheitsdialog) aktiv, um Indien in die antichinesische militärisch-politische Verbindung zu locken. Die Schaffung von AUKUS, einem trilateralen Verteidigungsbündnis der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Australiens, zielt ebenfalls darauf ab.

Nach dem Abzug aus Afghanistan und dem damit verbundenen Verlust der Möglichkeit der USA, technische Nachrichtendienste in den benachbarten Ländern Zentralasiens, im Iran und in Pakistan zu betreiben, entwickeln sich militärisch-diplomatische Aktivitäten zur Entwicklung neuer Einrichtungen für legale technische Nachrichtendienste in Richtung Afghanistan und den angrenzenden Regionen auf dem Gebiet eines der Länder Zentralasiens sowie Pakistans. Unmittelbar nach dem Abzug der Streitkräfte aus Afghanistan am 31. August 2021 begannen die USA mit der Suche nach neuen Möglichkeiten für den Einsatz der US-Armee, insbesondere in Zentralasien. Informationen darüber erschienen bereits in der Washington Post und mehreren anderen amerikanischen Medien. Obwohl sich Russland ebenso wie die zentralasiatischen Republiken anfänglich gegen solche Wünsche der USA wehrten, sondierten amerikanische Diplomaten hartnäckig verschiedene Optionen für die Wiederherstellung des Zugangs zu Stützpunkten in Zentralasien, einschließlich der Einrichtungen in Kirgisistan und Usbekistan, wo sie sich zuvor befanden. Diese Bestrebungen Washingtons lassen sich also in den Verhandlungen mit Usbekistan nachvollziehen. Es wird vorgeschlagen, das gesetzliche Verbot der Errichtung von Militärstützpunkten ausländischer Staaten auf dem Territorium dieses Landes durch die Einrichtung so genannter „Zentren zur Terrorismusbekämpfung“ zu umgehen. Ähnliche Versuche unternehmen amerikanische Vertreter auch in Turkmenistan, Tadschikistan und Pakistan.

Um seine aktualisierte Strategie der geopolitischen Konfrontation mit Russland, China, dem Iran und einigen zentralasiatischen Ländern umzusetzen, begann Washington, die ihm nahestehenden asiatischen Staaten, insbesondere Südkorea und Japan, aktiv einzubeziehen und sie zu benutzen, um die eurasische Integration zu bremsen. Dies zeigte sich insbesondere am Beispiel der Mongolei, die unter dem Einfluss Washingtons relativ schnell zwei Abkommen über Freihandelszonen mit Südkorea und Japan unterzeichnete, was den Abschluss eines entsprechenden Abkommens mit der EAEU (Eurasische Wirtschaftsunion) erschwerte. Ähnliche Bestrebungen lassen sich in Bezug auf Usbekistan im Rahmen der Vorbereitung eines ähnlichen Abkommens über die Schaffung einer Freihandelszone mit Südkorea feststellen, was ebenfalls zu einem Hindernis bei der rechtlichen Annäherung an die EAEU werden könnte.

Ein wesentlicher Aspekt der angepassten US-Strategie in Zentralasien ist die Aufrechterhaltung der Instabilität in Afghanistan mit Hilfe verschiedener Stellvertreter-Ressourcen und Anti-Taliban-Kräfte. Und hier würde nach den Plänen Washingtons der Einsatz amerikanischer privater Militärfirmen eine wichtige Rolle spielen. Das Treffen zwischen dem Führer der Nationalen Widerstandsfrente Afghanistans, Ahmad Massoud, und dem Gründer des privaten US-Militärunternehmens Blackwater, Erik Prince, Anfang Dezember in Duschanbe war ein klarer Beweis dafür. Zuvor hatte Massoud an die, wie er es nannte, „Freunde Afghanistans im Westen“ appelliert, für ihn in Washington und New York, im Kongress und in der Regierung Joe Bidens zu sprechen.

Nach Angaben der New York Times hat Ahmad Massoud Jr., der Anführer des neuen Anti-Taliban-Widerstands, Mitte September eine PR-Firma in Washington beauftragt, ihm zu helfen, militärische und finanzielle Unterstützung aus den Vereinigten Staaten zu erhalten. Gleichzeitig zitierte die Publikation den Vertreter Massouds in Washington, der die Unterzeichnung eines Vertrags mit der Lobbying-Firma Robert Strike bestätigte. Ihm zufolge besteht das Hauptziel darin, alle Versuche einer Regierung zu unterbinden, die Taliban oder irgendjemand anderen als Massoud als rechtmäßigen Führer Afghanistans zu legitimieren.

Zur gleichen Zeit berichtete Politico im September, dass der republikanische Senator Lindsay Graham seine Unterstützung für den ehemaligen afghanischen Vizepräsidenten Amrullah Saleh erklärt habe. Um die Legitimität des Anti-Taliban-Widerstands als Teil einer überarbeiteten Strategie des Weißen Hauses in Zentralasien zu stärken, brachte Graham Saleh und Massoud mit prominenten britischen und indischen Diplomaten und wichtigen Medienvertretern in Verbindung.

Valery Kulikov, political expert, exclusively for the online magazine “[New Eastern Outlook](#)”